

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5220

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5220



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Evangelisch-reformierte Kirche Schweiz
Église évangélique réformée de Suisse
Chiesa evangelica riformata in Svizzera
Baselgia evangelica reformada da la Svizra

9.2

Synode
vom 15.–17. Juni 2025 in St. Gallen

Dringliche Resolution zum Krieg in Israel/Palästina: Reformierte Kirchen Bern-Jura-Solothurn und die Kirchen der Nordwestschweiz

Antrag

Die Synode beschliesst die Resolution zum Krieg in Israel/Palästina.

Bern, 16. Juni 2025
Evangelisch-reformierte Kirche Schweiz

Das Büro der Synode
Der Präsident Die Geschäftsleiterin
Gilles Cavin Hella Hoppe

Resolution

In einer Zeit,

- in der es seit 77 Jahren den internationalen Akteuren und Organisationen nicht gelingt, einen mehrschichtigen Konflikt zwischen Israeli und Arabern zu befrieden,
- in der Israels Existenzrecht noch immer nicht allgemein anerkannt und eine Zweistaatenlösung für Israel und Palästina noch immer nicht realisiert ist,
- in der Sicherheit und Zukunftsperspektiven weder für Israeli noch für Palästinenser gewährt werden ...

In einer Zeit,

- in der der israelisch-arabische Konflikt in die Schweiz getragen wird und in der wir Gefahr laufen, in Familien, Gemeinden und Freundeskreisen hintereinander zu geraten,
- in der jüdische Menschen im öffentlichen Raum, an Schulen und Universitäten an Leib und Leben bedroht werden,
- in der auch muslimischen Menschen zunehmend die Bewegungsfreiheit im öffentlichen Raum entzogen wird ...

.... wollen wir dazu beitragen,

- dass die Grundbedürfnisse von Palästinensern und Israeli gesichert werden, und zwar das Bedürfnis von Sicherheit und Perspektive,
- dass weltweit nicht nur einem künftigen palästinensischen Staat, sondern auch dem Staat Israel das Existenzrecht zugesichert wird,
- dass traumatisierte und re-traumatisierte Menschen seelsorgerlich, geistlich und freundschaftlich begleitet und getragen werden.

Die Evangelische Kirche Schweiz, EKS, setzt sich für einen gerechten Frieden in Israel/Palästina ein. Die EKS verurteilt die terroristischen Anschläge der Hamas vom 7. Oktober 2023 auf das Schärfste und fordert die sofortige Freilassung der von der Hamas festgehaltenen Geiseln. Als Bürgerinnen und Bürger der Schweiz sind wir schockiert über die fortschreitende humanitäre Katastrophe in Gaza und im Westjordanland, über das Schicksal der israelischen Geiseln und über die Erfolglosigkeit internationaler Politik und multilateraler Organisationen.

Die EKS fordert deshalb den Bundesrat auf, aktiv zu werden:

1. Wir bitten Sie, sich für die Freilassung aller israelischen Geiseln und der unrechtmässig inhaftierten palästinensischen Gefangenen (Art. 34 der IV. Genfer Konvention) einzusetzen.
2. Wir bitten Sie, sich für einen dauerhaften Waffenstillstand und den Schutz der Zivilbevölkerung in Israel, Gaza und im Westjordanland einzusetzen (Art. 1 Genfer Konvention).
3. Wir bitten Sie, sich für den humanitären Zugang der Hilfswerke und die Finanzierung des UNO-Hilfswerks einzusetzen (Art. 23 IV Genfer Konvention). Humanitäre Hilfe muss im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht und den Grundsätzen der Neutralität, der Unparteilichkeit und der Unabhängigkeit geleistet werden können.
4. Wir bitten Sie, sich für eine politische Lösung auf Basis des Völkerrechts einzusetzen.
5. Wir bitten Sie, sich zu einer präventiven Völkerrechtspolitik zu verpflichten: Gemäss Art. 1 der Genfer Konventionen muss die Schweiz alles in ihrer Macht Stehende un-

ternehmen, um Völkerrechtsverstösse zu verhindern. Wir bitten Sie deshalb um eine Überprüfung der gesamten Nahostpolitik der Schweiz hinsichtlich ihrer menschenrechtlichen und völkerrechtlichen Kohärenz.

6. Wir bitten Sie, sich gemeinsam mit den Kantonen für die Sicherheit von als jüdisch und muslimisch erkennbare Menschen im öffentlichen Raum, insbesondere an Universitäten und Schulen einzusetzen.

Diese Resolution ist für uns als Kirche verbunden mit der Verpflichtung, uns für den sozialen Frieden und den Religionsfrieden in der Schweiz einzusetzen sowie entschieden allen rassistischen Vorfällen gegenüber jüdischen und muslimischen Personen in der Schweizer Gesellschaft entgegenzutreten.